

Bürger stellt sich dagegen

Gottenheimer Gemeinderat übergibt die Erschließung des neuen Baugebiets an eine Fremdfirma

VON UNSEREM MITARBEITER
MARIO SCHÖNEBERG

GOTTENHEIM. Wieder einmal sorgte das geplante Baugebiet Steinacker/Berg für Diskussionen im Gemeinderat. Doch diesmal waren sich die Räte grundsätzlich einig darüber, dass es im Verfahren weiter gehen soll, und sie stimmten einmütig den Vergabevorschlägen der Verwaltung zu. „Der Gemeinde fehlen sowohl personell als auch finanziell die Möglichkeiten, um die Erschließung des Baugebiets allein zu stemmen“, erklärte Bürgermeister Volker Kieber. Darum solle eine Fachfirma hiermit beauftragt werden.

Nach Gesprächen mit zahlreichen potenziellen Erschließungsträgern und Rückfragen bei Bürgermeisterkollegen hätten sich zwei Firmen als geeignet und kompetent herausgestellt, berichtete Bürgermeister Volker Kieber. Sowohl die Firma „Rüdiger Kunst Kommunal Konzept“ aus Freiburg als auch die Stuttgarter „STEG Stadtentwicklung“ seien um ein entsprechendes Angebot gebeten worden. Die Firmen sollen das Baugebiet erschließen, die Erschließung finanzieren und alle Verträge mit den Eigentümern, Banken und Baufirmen abschließen.

Auch wenn die genauen Erschließungskosten derzeit noch nicht absehbar seien, und beide Firmen für ihr Angebot eine andere Grundlage hätten, sei für die Verwaltung doch klar, betonte der Bürgermeister, dass die Firma „Kommunal Konzept“ das günstigere Angebot habe. Auf pauschal 48 800 Euro, zuzüglich einem prozentualen Anteil am Erlös möglicher Nachverhandlungen, beliefen sich hier die Kosten.

Bei der Firma „STEG“ würden die Arbeiten pauschal mindestens 85 000 Euro

kosten. Zudem, so erinnerte Kieber, habe „Kommunal Konzept“ viele gute Referenzen in der Region, so auch durch die Erweiterung des Gewerbegebiets „Nägelsee“ in Gottenheim. Der Bürgermeister betonte, dass ihm bei der Erschließung und allen weiteren Arbeiten Transparenz sehr wichtig sei. Ein Erschließungsbeirat mit vier gewählten Eigentümervertretern solle stets am Verfahren beteiligt sein.

Dennoch habe die Gemeinde die absolute Planungshoheit und er sei nicht bereit, stellte Kieber klar, bei der Erschließung aus Kostengründen von Qualitäts-Standards abzugehen. So sollen später keine nachträglichen Kosten, zum Beispiel wegen schlechter Straßen, auf die Gemeinde zukommen.

Kritik an den Vor-Ort-Terminen

Rüdiger Kunst stellte seine Firma und das Angebot vor. Anschließend nutzten insbesondere Alfons Hertweck (CDU) und Lioba Himmelsbach (Frauenliste) die Gelegenheit, kritische Fragen zu stellen. Hertweck kritisierte, dass im Pauschalangebot nur acht Abstimmungsgespräche vor Ort enthalten seien. Für Rüdiger Kunst, der bereit war diese Zahl auf zwölf aufzustocken, war es wichtig, eine klare Linie zu haben. Schließlich könnten sonst jede Woche Vor-Ort-Termine von ihm verlangt werden.

Der Bürgermeister verteidigte das Angebot, es sei nach allen Berechnungen das günstigste. Zudem seien Nachverhandlungen hier im Rat unseriös. Lioba Himmelsbach fragte nach dem Stundensatz der Firma für weitere Termine. Sie musste erfahren, dass dieser zwischen 40 und 75 Euro liegt, er aber in der allen Räten vorliegenden Sitzungsvorlage klar ausgewiesen ist. Einstimmig wurde die Erschließung an „Kommunal Konzept“

übertragen. Die Vermessung soll das Büro „Markstein“ aus Emmendingen übernehmen, so die Räte ebenfalls einstimmig.

Und dies, obwohl ein Eigentümer nicht bereit ist, sich an der freiwilligen Umlegung zu beteiligen. Bürgermeister Kieber verlas hierzu einen Brief an den Eigentümer, in dem er auf die Konsequenzen seines Handelns hingewiesen werden soll.

Hans-Peter Markstein erläuterte, wie das Baugebiet auch gegen die Zustimmung eines Eigentümers erschlossen werden könne. Das betroffene Grundstück soll dabei trotz Umlegung an Ort und Stelle erhalten bleiben und von Gemeindeland umschlossen werden. Dieses so entstehende neue Flurstück werden dann komplett aus der freiwilligen Umlegung und Erschließung herausgenommen und könne später, wenn gewünscht, nach den gesetzlichen Regelungen überplant werden. Der Eigentümer habe später nach Form und Größe seines Grundstückes kein ausreichendes Baufenster, um ohne Umlegung trotzdem nach Baugesetzbuch bauen zu können.

Sowohl Bürgermeister Kieber als auch Markstein berichteten, dass sämtliche Versuche, mit dem betroffenen Eigentümer ins Gespräch zu kommen gescheitert seien. Dieser habe von schlechten Erfahrungen bei vormaligen Flurbereinigungen gesprochen und wolle mit der Gemeinde nichts zu tun haben. Um aber wegen einem Unwilligen nicht ein Baugebiet mit weit über 100 bauwilligen Eigentümern abblasen zu müssen, habe man sich auf den vorgestellten Weg verständigt, erläuterte Markstein. Er habe dieses Verfahren zwar schon von Juristen prüfen lassen, es gebe aber noch keinen entsprechenden Gerichtsurteile. Ein gewisses Prozessrisiko bleibe.

Neuer Vertrag für die Gasversorgung

Gottenheim kommt zum Abschluss mit Badenova / Bis zu 7000 Euro Einnahmen pro Jahr

GOTTENHEIM (ms). Einstimmig stimmte der Gottenheimer Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung für einen neuen Konzessionsvertrag mit dem Energieversorger Badenova für die Nutzung von Wege und Straßen zur Gasversorgung im Ort. Ursprünglich war 1985 ein auf 30 Jahre befristeter Vertrag mit der EVO

(Energieversorgung Oberrhein, heute zur Badenova gehörend) geschlossen worden. Aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung dürfen solche Verträge aber nur noch für maximal 20 Jahre abgeschlossen werden. Daher war ein Neuabschluss nötig. Der Vertrag ist auf 20 Jahre befristet. Die Vereinbarung

richte sich nach einem von der Gemeindeprüfungsanstalt empfohlenen Mustervertrag, informierte Bürgermeister Volker Kieber, und Gottenheim bekomme die gesetzlich möglichen Höchstbedingungen. Je nach Gasmenge kann die Gemeinde mit Einnahmen von 4000 bis 7000 Euro im Jahr rechnen.